



Unbewohnbare Häuser (in Cottbus)

Wohnungsbau

**Im Osten wird nicht gezählt**

Bauministerin Irmgard Schwaetzer, FDP, muß eine politische Niederlage befürchten. Die Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern – ursprünglich für diesen Herbst geplant, dann im Bundesrat auf 1995 verschoben – soll um weitere drei Jahre ausgesetzt werden. Bonn will dadurch 1994 bis 1996 insgesamt 4,1 Millionen Mark, verteilt auf drei gleiche Raten, sparen. Bis zur Jahrtausendwende wird es dann keine halbwegs brauchbaren Daten über die Wohnungsversorgung im Osten Deutschlands geben. Die DDR-Statistiken gelten als unzuverlässig, die offizielle Zahl von sieben Millionen Wohnungen ist nach Ansicht von Experten um mindestens zehn Prozent übertrieben: Zahlreiche Häuser sind so

heruntergekommen, daß sie nicht mehr bewohnbar sind, aber gleichwohl in der Wohnungsstatistik geblieben sind. Ohne genaue Kenntnis des Wohnungsbestands jedoch, so Ministerin Schwaetzer, könne sie keine vernünftige Wohnungspolitik betreiben.

Steuerflucht

**Schwarzgeld nach Dänemark**

Nach massiven Beschwerden von Finanzminister Theo Waigel werben die deutschen Banken kaum noch für die steuersparende Geldanlage in Luxemburg, die einst oft aggressive Reklame für dieses Land („Reisen bildet, z.B. Kapital“) ist ganz verschwunden. Statt dessen verstärken Österreicher und vor allem Dänen ihre Anstrengungen, deutsches Schwarzgeld ins Land zu locken: Ausländer erhalten dort Zinsen

und Dividenden ohne Steuerabzug. Besonders aktiv werben derzeit die dänische Sydbank und die Jyske Bank, vorwiegend in Norddeutschland. Vergangene Woche offerierte die Jyske Bank einer ausgewählten Kundschaft Gespräche mit „professionellen Anlageberatern“: Ein „Reiseteam“ der Bank zieht von August bis Dezember durch Deutschland, von Hamburg bis Köln, um Kapital einzusammeln. Für ein

Musterdepot von 300 000 Mark, so die Dänen, würden sie nur Bankgebühren von 1938 Mark nehmen, während beispielsweise die Dresdner Bank in Luxemburg dafür 3550 Mark einstreicht.

Flugverkehr

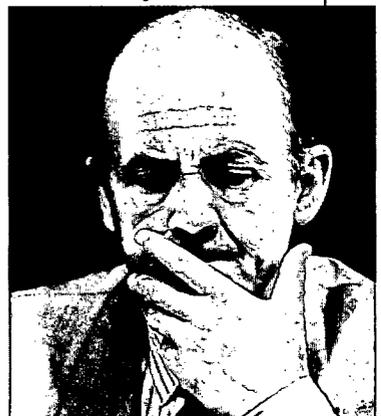
**Viel Geld für die Sicherheit**

El Al, Israels nationale Fluggesellschaft, zahlt einen hohen Preis für den Schutz von Menschen und Material: Das Staatsunternehmen, als Objekt für arabische Terroristen besonders gefährdet, brauchte im vergangenen Jahr 105 Millionen Dollar für die Bewachung von Flugzeugen und den Schutz von Passagieren. 84 Millionen Dollar spendierte der Staat, weitere 21 Millionen mußte das hochverschuldete Unternehmen selbst aufbringen. Hohe Kosten entstehen vor allem, weil bei jedem Flug eine mehrköpfige Sicherheitstruppe Sitze belegt. Dagegen fallen die 12 060 Dollar, die El Al im vergangenen Jahr dem Geheimdienst zahlte, kaum ins Gewicht.

Volkswagen

**FBI ermittelt gegen López**

VW-Vorstandsmitglied Ignacio López und einige seiner engsten Mitarbeiter, die ebenfalls von General Motors (GM) und Opel zu VW gewechselt waren, werden sich möglicherweise auch in den USA wegen des Verdachts der Industriespionage verantworten müssen. Das US-Justizministerium hat jetzt strafrechtliche Ermittlungen gegen den ehemaligen Einkaufschef von General Motors und sein Team eingeleitet. Das Ministerium will, wie in solchen Fällen üblich, die amerikanische Bundespolizei FBI mit der Untersuchung beauftragen. Die US-Fahnder sollen nun prüfen, ob López und seine Mitarbeiter beim Wechsel zu VW geheime GM-Unterlagen mitgenommen und somit gegen amerikanische Gesetze verstoßen haben. In den USA sind die Bestimmungen gegen den Diebstahl von Firmengeheimnissen besonders scharf.



López

**Streik gegen Karenztage**

Halten Sie den vom DGB angedrohten Streik gegen die Einführung von Karenztagen für gerechtfertigt?

	DEUTSCHE INSGESAMT	CDU/CSU- WÄHLER	SPD- WÄHLER	FDP- WÄHLER
ja	52	37	63	52
nein	39	55	29	43

Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe  
Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, 1500 Befragte, 12. bis 14. Juli 1993